

Fachmarktzentrum nimmt nächste Hürde Mit 21:7 Stimmen Aufstellungsbeschluss für Ost-IV gefasst

Von unserem Redaktionsmitglied Erns Hofmann

Landsberg

Die räumlichen und formellen Voraussetzungen für den Bau eines Fachmarktzentruns (FMZ) in Landsberg-Ost-IV hat der Stadtrat jetzt in die Wege geleitet. Denn mit 21 zu sieben Stimmen - drei Mandatsträger waren nicht da - fasste das Gremium den so genannten Aufstellungsbeschluss für das 70000 Quadratmeter große Projekt. Demnach wird der bestehende Bebauungsplan Ost I erweitert und geändert. Letzteres gilt auch für den Flächennutzungsplan.

Die Betreibergesellschaft EEW aus Sindelfingen kann nun das Raumordnungsverfahren (ROV) bei der Regierung von Oberbayern beantragen. Geschehen wird dies auf der Basis der Flächen, die von der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK, Prisma) in einem Auswirkungsgutachten als Richtwert empfohlen und vom Stadtrat, wie berichtet, in den Bereichen Schuhe, Textilien und Sportartikel etwas nach unten korrigiert worden waren.

Folgende Sortimente und Flächen sind vorgesehen: Bau- und/oder Gartenmarkt: 9300 Quadratmeter; SB-Warenhaus: 6630 Quadratmeter; Fachmarkt mit Unterhaltungselektronik: 2300 Quadratmeter; Sportartikel: 1870 Quadratmeter; Textilien: 1200 Quadratmeter; Schuhe: 600 Quadratmeter.

Der Einfluss des Stadtrates, daran noch etwas zu verändern, liegt nach Darstellung von OB Ingo Lehmann nahe bei Null. Mit dieser Aussage waren Räte wie Günter Otremba (FW) und Dr. Reinhard Steuer (CSU/BB) nicht einverstanden. Doch auch er stimmte dem Verfahren grundsätzlich zu, denn der „Souverän“ - gemeint war der Bürger - habe sein Votum abgegeben und das sei zu respektieren.

Sollte indessen die Regierung beim Raumordnungsverfahren Korrekturen einfordern, wäre der Stadtrat erneut gefragt. Und wie bei jedem Bebauungsplanverfahren üblich, haben Bürger und Fachbehörden die Möglichkeit, Einsprüche zu erheben: Wenn sie beispielsweise die Umwelt in Gefahr sähen, wenn sie mit der Abwicklung des Verkehrs nicht einverstanden wären, kurzum: Wenn ihnen die Infrastruktur rund um das Fachmarktzentrum Grund zur Sorge geben sollte. Dies dann, wenn die Bauleitplanung - das ist das Rundum-Konzept für das FMZ - vorliegt.

Ziel der Stadt sei es, dass der Investor die Kosten für die Infrastruktur übernehme. Darauf wies Stadtkämmerer Manfred Schilcher hin. Die Details hierfür werden in dem so genannten städtebaulichen Vertrag fixiert, den Stadt und Investor miteinander abschließen.

Übrigens: Große Streitgespräche zum Thema FMZ gab es dieses Mal nicht mehr, ein bisschen Hick-Hack trotzdem: So wollten Reinhard Skobrnisky (BAL) und andere, die sich kurz vor dem Bürgerentscheid für eine Sondersitzung stark gemacht hatten, vom OB nicht als „Schaumschläger“ bezeichnet werden. Einige Räte, zum

Beispiel Michael Kemeny (CSU/BB), monierten, dass sie vom OB vor der Herausgabe des Info-Prospektes nicht in Kenntnis gesetzt wurden.

Otremba geht leer aus

Otremba wollte schließlich noch mehrere Anträge durchbringen. Das war aber nicht der Fall. Einer wurde mit neun zu 19 Stimmen abgelehnt. Dabei ging es unter anderem darum, ob das FMZ in der Bauweise E+1 erstellt werden soll und ob 600 der geplanten 1000 Stellplätze in einer Tiefgarage platziert werden sollen. Die Notwendigkeit, sich erneut mit dem Hochglanz-Prospekt (Kosten, Neutralität und so weiter) zu beschäftigen, sah das Plenum nicht. Deshalb wurde von der Möglichkeit der „Nichtbefassung“ Gebrauch gemacht. Dies verbunden mit dem Hinweis auf einen Passus in der Geschäftsordnung des Stadtrates, den das Gremium in den letzten Jahren schon mehrere Male bemüht hat. „Das ist doch kein Teufelswerk von SPD und CSU“, meinte CSU-Fraktionschef Helmut Weber schmunzelnd. „Undemokratisch ist es auf jeden Fall“, setzte Otremba jedoch noch einen drauf.

26.09.2003 00:00